



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KII/104 - 7. Mai 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zum Besuch des britischen Premierministers in Bonn	S. 1
Chruschtschows' Radikalkur	S. 4
Was bringt das neue Lebensmittelgesetz?	S. 6
Zum Prozess "Affaire Röhm"	S. 9

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831-33  
Fernschreiber 0486890

## Macmillan's Rheinfahrt

E.A. London

Viele schöne Worte werden gänzt werden, wenn Harold Macmillan als erster britischer Premierminister seit dem Kriege dem deutschen Regierungschef besucht. Man wird die angenehmeren Erinnerungen aus dem 18. und 19. Jahrhundert ausgraben, um die bösen Tage der zwei Weltkriege vergessen zu machen. Mister Macmillan ist ein Meister in eleganten Witzen und freundlichen Gesten, und Dr. Adenauer wird es seinen Gast gleichzutun versuchen. Aber alle schönen Worte werden nicht darüber hinwegtäuschen können, dass es für ein deutsch-britisches Liebesverbin, das von einem Tory-Premier um die Seele eines christlichsozialen Kanzlers gemacht wird, kein "happy-ending" geben kann.

Die britischen Konservativen entdeckten ihre Neigung zum deutschen Dretchen erst in dem Augenblick, als man ihnen in der ganzen Welt sonst die kalte Schulter zeigte, nämlich nach dem Zusammenbruch der Suez-Intervention. Nach dem Rückschlag in Mittel-Osten und seinen Auswirkungen in Amerika und Asien fiel man auf Europa zurück, wo es in jenen kritischen Tagen allerdings auch nur einen treuen Freund und Mitschuldigen, Frankreich, gab. Wenn man schon in der Weltpolitik nur noch die zweite Geige nach den Vereinigten Staaten spielen konnte, so liess sich vielleicht doch noch in Westeuropa der Ton angeben. Das "Grand Design", die Bereitschaft zur europäischen Freihandelszone und zu einem engeren politischen Verhältnis zu den westeuropäischen Alliierten, wurde eifrig propagiert. Nur sind inzwischen auch schon ein paar bittere Tropfen in den Becher des Europaweines gefallen. Nicht, dass sie einem

vorhandener schlechten Willen an der These entsprungen. Sie zeigen nur, dass die Aspirationen der britischen Konservativen mit der klein-europäischen Konzeption der Bundesregierung einfach nicht in Einklang zu bringen sind.

Der bitterste Tropfen für die Adenauer Politik war vielleicht das britische Weissbuch zur Verteidigung. Nicht etwa, dass in einer ähnlichen Lage eine von Dr. Adenauer geführte Regierung nicht die gleichen Konsequenzen wie die Macmillan-Regierung gezogen hätte. Nur lässt sich doch nicht übersehen, dass in der deutschen Situation der von Grossbritannien beschrittene Weg zur nuklearen Rüstung für die westdeutsche Politik im Augenblick ungangbar ist. Dass Grossbritannien durch seine eigenwillige Verteidigungspolitik die NATO zur Einstellung auf atomare Kriegsführung zwingt, muss dem Bundeskanzler zumindest in einem Wahljahr schwere Komplikationen bereiten. Vielleicht mag die Überredungskunst Macmillan's ausreichen, diese augenblickliche Verstimmung hinwegzuzaubern. Sie wird aber nicht ausreichen, um die tiefen Gegensätze zwischen der britischen und bundesdeutschen Europapolitik auch nur zeitweise zu beseitigen.

Denn hier geht es um zwei diametral entgegengesetzte Konzeptionen. Dieser Gegensatz hat sich in den letzten acht Jahren bei den verschiedensten Anlässen ausgewirkt. Man hielt sich von dem Adenauer'schen Eifer für die europäische Verteidigungsgemeinschaft fern - und als sie gescheitert war, sprang Anthony Eden mit der reformierten West-Europa-Union in die Bresche. Aus dem von Bonn und Paris begünstigten Kleineuropa der Sechs hatte man die WEU der Sieben gemacht. Ebenso reserviert zeigte man sich dem Schuman-Plan und seinen Kindern gegenüber. Nur als diese sich dann sogar auf Eurotom und Gemeinsamen Markt auswachsen, musste man sich um der These neu besinnen, wenn man sich nicht aus Europa - dem Kleineuropa der Sechs - endgültig ausschalten lassen wollte und damit sich der Gefahr aussetzte, in dem Rest Lateuropas an die Wand gedrückt zu werden.

Alle diese verschiedenen Entwicklungsphasen beleuchten den tiefen Gegensatz, der sich zwischen London und Bonn entwickelt hat. Bismarck wurde der Reichskanzler des kleindeutschen Reiches, nachdem er Österreich ausgeschaltet hatte. In London sieht man oft Konrad Adenauer als den Schöpfer Kleineuropas, aus dem Grossbritannien ferngehalten werden soll. Die Europakonzeption der britischen Konservativen aber ist - 3 -

7.5.1957

des Europe der 15 - der O.E.C.O. - der Freihandelszone, in dem Grossbritannien die führende Rolle spielen kann. Wie wollen Macmillan und Dr. Adenauer ihre Europakonzeptionen in Einklang bringen? Es ist die Quadratur des Kreises, die man von ihnen verlangt.

Aber Dr. Adenauer hat noch andere Anlässe, über das Verhalten seines Gastes ungehalten zu sein. Beide Herren haben in den letzten Wochen Briefe mit Marschall Bulganin ausgetauscht. Macmillan hat sich in freundlicher Weise für ein langes Schreiben an ihn bedankt, Dr. Adenauer konnte weder so höflich noch so diplomatisch zurückhaltend antworten. Immerhin, Grossbritannien versucht, in direktem Meinungsaustausch mit Moskau und in den Arbeiten der Abrüstungskonferenz den Boden für ein wenn vielleicht auch nur partielles Abrüstungsabkommen und für eine beiderseitige Absetzungsoperation in Europa vorzubereiten. Dr. Adenauers Haltung zu allen derartigen Versuchen ist bekannt. Selbst der Eden-Plan von 1955 hatte im Palais Schaumburg missfallen. Alle neuen Versuche von London aus, die Gefahren des nuclearen Wettrüstens durch Verhandeln mit Moskau herabzumindern, erscheinen dort von vornherein verdächtig.

Man soll sich aber doch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Premierminister Macmillan bei allen Loyalitätsbezeugungen zu Dr. Adenauer im Grunde seines Herzens ruhig seine Pläne für eine Moskafahrt weiter spinnt. Es erscheint zweifelhaft, ob in diesen entscheidenden Tagen während Macmillans Besuch in Bonn tatsächlich so offen und ehrlich die Karten auf den Tisch gelegt werden, wie uns vielleicht ein abschliessendes Kommuniqué glauben machen will.

\* \* \*

Diplomatie als Abschirmung

In der westlichen Welt hat ein grosses Rätselraten über die Bedeutung von Veränderungen wirtschaftspolitischer Art in der Sowjetunion begonnen. Von einem Russland-Kenner erhalten wir hierzu folgende Darstellung. Die Red.

Bereits der XX. Parteitag der sowjetischen KP sprach die wirtschaftliche Krise der Sowjetunion offen aus: Die sowjetischen Produktivkräfte seien durch zu grosse Reibungsverluste in der Superbürokratie in Fesseln gelegt. Es kam eine Reform der Struktur innerhalb der Trusts nach regionalen Gesichtspunkten. Aber auch sie brachte keine fühlbare Entlastung. Die Produktion stieg zwar auch weiterhin, aber immer eindeutiger sank die Steigerungsrate sowohl der Produktion als auch der Produktivität ab, obwohl im Laufe dieses Jahres 900 000 Angestellte in die Produktion eingesetzt wurden.

Ende des vergangenen Jahres erreichte die Krise einen neuen Höhepunkt, der die Abänderung des sowjetischen Wirtschaftsplanes zur Folge hatte. Die Ereignisse von Polen und Ungarn und das gleichzeitige Anwachsen des Einflusses stalinistischer Kräfte machten das ZK in dieser Frage handlungsfähig. Es kam zu einem Zickzack-Kurs. Die Dezembersitzung des ZK, die neue Massnahmen zur Überwindung der Schwierigkeiten verlangte, brachte zunächst eine noch stärkere Zentralisierung, die alle Widerstände überrollen sollte. Aber das Gegenteil trat ein, der Kurs dieser Wochen türnte neue Hindernisse, vor allem von der politisch-psychologischen Seite her, auf. Die Ablösung Schepilows als Aussenminister und seine Wiederberufung als Wirtschaftstheoretiker in den Parteiapparat deutet an, dass die Entscheidung gefallen war. Am 30. März veröffentlichte Chruschtschow seine "Thesen", die einen Durchbruch aus den Schwierigkeiten ermöglichen sollen.

Der Oberste Sowjet, der am 7. Mai zu seiner nächsten Sitzungsperiode zusammentritt, soll den Segen zu Chruschtschows Radikalkur geben, die tiefgreifende Veränderungen in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Struktur der Sowjetunion zur Folge haben wird. Der bisher überzentralisierte Wirtschaftsapparat wird durch ein System von 50 über das Gebiet der Sowjetunion aufgegliederte "Wirtschaftsverwaltungsgebieten" abgelöst, die in Zukunft die Aufgaben der bisherigen Wirtschaftsministerien im Auftrage der Zentralen Planungsbehörde (Gosplan) durchführen werden. Mit einem sog. "Präsidium" oder "Kollegium" an ihrer Spitze

7.5.1957

werden die sog. "Volkswirtschaftsräte" für die materielle und technische Versorgung der Betriebe und den Absatz ihrer Produktion zuständig sein. Die bisherigen über dreissig Wirtschaftsministerien werden aufgelöst, die dort tätigen Fachleute in die Provinz versetzt.

Was sich damit in der Sowjetunion ankündigt, greift nicht nur tief in das Leben der Betroffenen, sondern der ganzen Bevölkerung und die Politik des Regimes. Die Machthaber sind sich über ihr Risiko völlig im klaren. Die Massnahme aber ist der einzige Ausweg, wenn die drohende Stagnation der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung durchbrochen werden soll. Auch das sowjetische EK kann sich aber auf die Dauer nicht Gedankengängen verschliessen, auch wenn sie zweifellos ein Einverständnis gegenüber der titoistischen und demokratischen Opposition innerhalb und ausserhalb der Sowjetunion bedeuten. Ihre Durchführung nimmt weder auf die aussenpolitische noch innenspolitische Situation der Sowjetunion Rücksicht.

Die ersten Konsequenzen zeichnen sich bereits ab: Neben der Auflösung der Wirtschaftsministerien und der Auflösung der staatlichen Wirtschaftskommission wird gleichzeitig die Aufnahme der Vorsitzenden des Ministerrates der Unionsrepubliken in den Moskauer Ministerrat verfügt werden. Wenn auch das zentralistische Interesse der Partei durch den Ausbau der staatlichen Planbehörde (der Gosplan) und der staatlichen Kontrollkommission unter Molotov zunächst voll gewahrt bleibt, das Nachgeben gegenüber den föderalistischen Forderungen, das bisher gerade aus Gründen der zentralistischen Planung vermieden wurde, muss doch auf die Dauer neue Probleme aufwerfen. Freilich funktioniert noch wie vor die Partei als zentralistische Klammer.

Anlässlich seines Wien-Besuchs hat der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Mikoja auf eine Frage geantwortet, man hoffe, zu Beginn des Winters mit der Umorganisation des Wirtschaftsapparates fertig zu sein. Solange also dürfte mindestens die Sowjetunion unter Anspannung aller politischen Kräfte mit sich selbst beschäftigt sein. Die Hoffnung freilich, dass die Sowjetunion Urlaub von der Weltpolitik nehmen werde, wäre falsch. Einerseits werden die Krenl-Machthaber mindestens für diesen Zeitraum kein ernsthaftes Engagement an einer der weltpolitischen Krisenherde suchen können, solange wenigstens nicht ihre elementaren und unmittelbarsten Lebensinteressen bedroht sind. Andererseits kündigt sich an, dass aus Moskau in den kommenden Sommermonaten ein verstärktes

7.5.1957

politisches Frühlingskittchen der Entspannung wehen wird. Aber wieviele dieser Angebote werden bei näherer Betrachtung als zu leicht befunden werden müssen?

\* \* \*

#### Ausreichender Schutz des Verbrauchers angestrebt

E.F.- Die Beratungen zum Lebensmittelgesetz im Unterausschuss Lebensmittelrecht des Bundestages sind vorläufig beendet. Es war ein langer Weg, bis sich die Bundesregierung zu der unbedingt notwendigen Reform der Lebensmittelgesetzgebung entschloss. Doch ist mit dem Abschluss der Beratungen erst der Anfang zu einer grundlegenden Reform gemacht.

Die SPD hatte bereits im Februar 1954 die Bundesregierung in einer parlamentarischen Anfrage dazu bewegt, eine Novelle zum Lebensmittelgesetz für das Frühjahr des darauffolgenden Jahres zu versprechen. Es wurde aber Oktober 1956, bis die Novelle dem deutschen Bundestag zugeleitet wurde.

Die Vorlage geschah unter dem Druck der 90 weiblichen Abgeordneten des Bundestages, die sich der Sache mit grossem Elan und Sachverstand annahmen. Man sprach in den Wandelgängen des Bundeshauses scherzhafterweise von der "kochenden Front", in Anlehnung an das Wort von der "grünen Front", die sich ähnlich für ihre Belange ins Zeug zu legen pflegt.

...zum Teil aus dem vorigen Jahrhundert

Unser derzeit noch gültiges Lebensmittelrecht besteht aus einer Reihe von Spezialgesetzen, wie Margarinegesetz, Brotgesetz, Fleischbeschaugesetz und anderen mehr, einer grossen Zahl von Verordnungen, Erlassen, Ausnahmegenehmigungen und dem eigentlichen Lebensmittelgesetz, das als Rahmengesetz zu betrachten ist. Alle diese Gesetze sind mehr als 20 Jahre alt, und zum Teil stammen sie sogar aus dem vorigen Jahrhundert.

Wenn man bedenkt, welche Veränderungen seit der Zeit in unserer Ernährung und in den Verbrauchsgewohnheiten vor sich gegangen sind, wird jeder Einsichtige von selbst verstehen, wie dringend notwendig eine Neufassung war. Die wachsende Industrialisierung und die damit verbundene Konzentration der Bevölkerung in Grossstädten, die Erschliessung immer weiterer Bereiche in Übersee für unsere Ernährung, die veränderten Ansprüche, die der Mensch an seine Nahrungsmittel, an ihre Haltbarkeit, ihr Aussehen und ihre Zubereitung stellt, sind einige der Ursachen für

die zunehmende Verwendung von chemischen und anderen naturfremden Stoffen.

Es blieb der Wissenschaft und Forschung nicht lange verborgen, dass eine künstliche Veränderung der Lebensmittel nicht ohne schädlichen Einfluss auf die menschliche Gesundheit bleiben konnte. Eine Zunahme der Hautausschläge, Beeinträchtigungen der Darmflora, die Vernehrung des Brustkrebses und bösartiger Wucherungen und die Verbreitung vieler anderer Zivilisationskrankheiten, deren Ursachen noch umstritten sind, werden auf die zunehmende Verfälschung unserer Nahrung zurückgeführt.

#### Wissenschaftler zur Rate gezogen

Wegen der verspäteten Vorlage der Novelle mussten die Beratungen im Lebensmittelrechts-Ausschuss in relativ kurzer Zeit abgewickelt werden. Die zu behandelnde Materie war z.T. sehr schwierig. Der Ausschuss hat deshalb wiederholt bekannte Wissenschaftler, Fachleute der Lebensmittelüberwachung, Sachverständige aus den Bundesforschungsanstalten, aus der Ernährungswirtschaft und Vertreter der Verbraucher zum Gesamtproblem und zu Spezialfragen gehört. Eine jahrelange Vorarbeit der Deutschen Forschungsgemeinschaft bildet eine wesentliche Hilfe bei der Neugestaltung.

Wohl selten hat auch die Öffentlichkeit ein so grosses Interesse an der Gesetzesarbeit genommen, wie bei der Lebensmittelrechtsreform. Es gibt in Interessentenkreisen auch hartnäckige Gegner der Neuregelung, aber es wird ihnen sicher nicht gelingen, das Gesetz zu verhindern.

#### Notwendige Aufklärung der Hausfrauen

Eine bedeutende Rolle spielten bei den Verhandlungen zwei sozialdemokratische Anträge, von denen einer angenommen, der andere jedoch leider von der Mehrheit abgelehnt worden ist. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion verlangt, dass alle Grundnahrungsmittel wie Milch und Milchzeugnisse, Butter, Speisefette und Speiseöle, Fleisch, Wildpret, Geflügel, roher und geräucherter Fisch, frische Eier, Mehl und Brot, rohes Gemüse und rohes Obst generell von Fremdstoffzusätzen freigehalten werden sollen. Sie konnte sich mit dieser Forderung nicht durchsetzen. Der zweite Antrag verlangt die Einführung eines sogenannten "Lebensmittelbuches", das eine wesentliche Hilfe für die Rechtsprechung darstellt. Es sollen im Lebensmittelbuch eindeutige Normen für jedes

einzelne Lebensmittel, seine Zusammensetzung, Bezeichnung, sowie über die Beurteilung verdorbener, nachgemachter, verfälschter oder mit irreführenden Angaben in den Verkehr kommender Lebensmittel aufgestellt werden.

Für den Erlass der notwendigen Rechtsverordnungen sind seit langer Zeit Vorbereitungen im Gange. Es wird sehr darauf ankommen, dass sich in diese Zulassungsverordnungen nicht doch noch Fremdstoffe einschleichen, die dem Urteil der Wissenschaft nicht standhalten. Es gehört zu den Aufgaben des Bundesrates, hierüber zu wachen. Die Verbraucher, insbesondere die Hausfrauen, müssen aber auch mehr als bisher darüber aufgeklärt werden, was ihrer Gesundheit nützt und was ihr schadet. Besonders wichtig ist aber, der Wissenschaft und Forschung alle Mittel an die Hand zu geben, dass sie ihrer verantwortungsvollen Aufgabe auch auf diesem Gebiet zeitgemäss nachkommen kann.

\* \* \*

#### Ein Leidensgefährte Kurt Schumachers

sp- Im 69. Lebensjahr ist nach langem Leiden in Würchen Alois Ullmann, einer der Vorsitzenden der Seliger Gemeinde, verstorben. Ullmann war in seiner Sudetenheimat viele Jahre Leiter der "Republikanischen Wehr", Vorstandsmitglied der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei, Vorsitzender des sudetendeutschen Arbeiter-Turn- und Sportverbandes, den er auf vielen internationalen Kongressen vertrat und zuletzt Leiter der Fürsorgeaktion für sozialdemokratische Vertriebene aus der Tschechoslowakei. In seiner Person verkörperte sich der Aufstieg und die Tragödie der sudetendeutschen Arbeiterbewegung. Wie so viele andere teilte er das Los tapferer und aufrechter Männer. In der Hölle von Dachau, wohin ihn die Machttaber des Dritten Reiches 1939 verschleppten, lernte er Kurt Schumacher kennen. Schumacher fand ehrende Worte für die Kameradschaft und Selbstlosigkeit Ullmanns, die sich in dunkelsten Stunden bewährte. Ungezählte Sudetendeutsche verdanken nach 1945 diesem Mann ihre Rettung vor dem Zugriff der Austreiber und ihre Eingliederung in die neue Heimat. Als Mitherausgeber der "Brücke" war er ein beredter Anwalt für die Vertriebenen.

Die Seliger-Gemeinde als Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten und der bayerische Landesverband der SPD haben mit dem Hinschied Alois Ullmanns einen schmerzlichen Verlust erlitten. Mit ihm ist ein bescheidener Mensch, ein gesinnungsfester Sozialist und ein guter Sudetendeutscher aus den Kreis einer grossen Freundesschar geschieden. Ullmann hat sich um Heimat und Sozialismus verdient gemacht.

+ + +



### Die Fratze der Diktatur

sp- Der zur Zeit in München stattfindende Prozess gegen den jetzt 65-jährigen ehemaligen Führer der Leibstandarte Adolf Hitlers, Sepp Dietrich und den 60 Jahre alten ehemaligen Führer der Wachmannschaften des Konzentrationslagers Dachau, Michael Lippert, wird wahrscheinlich das Dunkel erhellen, das bisher über einen der finstersten Kapitel der deutschen Geschichte lag. Es soll geklärt werden, wer die ehemaligen Freunde Hitlers, besonders die SA-Führer Röhm und Heinke, ermordet hat, oder wer den Auftrag zum Mord gab.

Schon der bisherige Verlauf des Prozesses zeigt, dass Deutschland damals von Männern regiert wurde, die - um ihre Ziele durchsetzen zu können - auch nicht vor dem Mord an eigenen Freund und Kampfgefährten zurückschreckten. So verbrecherisch ihre Politik war, so war auch ihr Verhalten im Einzelfall. Die Historiker werden die Prozessakten von München einer bereits umfangreichen Dokumentation der Gewissenlosigkeit jener Tage und jener Männer hinzufügen können.

Die makabre Szenerie, deren Hintergrund das ganze "Dritte Reich" war, kommt im Verlaufe dieses Prozesses sicher noch einmal zum Vorschein. Diesmal vor einem deutschen Gericht, was hoffen lässt, dass die ewig Gestrigen nicht sagen können, "Kriegsgegner und Ausländer" sitzen über "wehrlose aber aufrechte deutsche Männer" zu Gericht.

Der Inbegriff jeder Art von Diktatur ist die systematisch vor staatswegen geförderte Ausschaltung des Denkens. Nur die "Führer" dürfen denken, die Geführten haben zu gehorchen. Sepp Dietrich sagte es selbst. Hitler habe ihm den Befehl erteilt, die SA-Führer, seine eigenen Freunde und Kameraden, erschiessen zu lassen. Und dann kommt der Satz, der eigentlich alles erklärt, auch der Mord an Kameraden, an Freund. "Ich habe mir nicht denken können, dass mir der Führer einen Befehl gibt, der nicht berechtigt ist."

Die Männer also, denen viele-viele deutsche Mütter ihre Kinder anvertrauten, waren Roboter, gedankenlose Befehlsempfänger und die Exekutoren ihrer eigenen Freunde, mit denen sie sich bei Aufmärschen unter wehenden Fahnen und in der Pose des "deutschen Grusses" fotografieren liessen... Das ist die Fratze der Diktatur.

Schauernd stehen wir vor dem Abgrund, in den diese Männer das deutsche Volk gestossen haben.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel